



## Themen

Seite 1

**Maly: Zuwanderung und Integration**

Seite 5

**Bundesminister Müller: Fluchtursachen**

Seite 6

**Podiumsdiskussion in Memmingen**

Seite 7

**Kommunaler Finanzausgleich 2017**

Seite 8

**Novelle des Kommunalabgabengesetzes**

## Maly: Zuwanderung und Integration

Mit der „Seelenlage der Zivilgesellschaft“ befasste sich der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, in seiner Grundsatzrede vor der Vollversammlung des BAYERISCHEN STÄDTETAGS 2016 in Memmingen. Gegen „Besorgnis, Unbehagen und Angst an vielen Stellen“ können Politiker in Diskussionen „schwer mit rationalen Argumenten“ über positive Effekte der Zuwanderung bei Demografie und Arbeitsmarkt durchdringen. Maly zieht das Fazit: „Wir führen derzeit eine Selbstvergewisserungsdebatte in Deutschland – das ist nichts Schlimmes, das hat es immer wieder gegeben“, etwa mit Debatten um die Ostpolitik in den 1970er Jahren oder um die internationale Rolle Deutschlands nach der deutschen Einigung 1990. Was einst in heftigen Debatten erstritten wurde, gehört heute zur unstrittig anerkannten Staatsräson Deutschlands.

Die Ängste der aufnehmenden Gesellschaft gegenüber Zuwanderung sind laut Maly kein neues Phänomen: Sämtliche Zuwanderungsbewegungen in der neueren Geschichte Bayerns waren begleitet von „einer gewissen Angst der Überfremdung“: „Wir müssen uns nüchtern in die Erkenntnis fügen, dass jede Veränderung in der Stadtgesellschaft, die zahlenmäßig spürbar ist oder im Stadtbild zu sehen ist, Unruhe auslöst.“ Auch die sudetendeutschen Vertriebenen der Nachkriegszeit – heute der vierte Stamm Bayerns – sind zunächst auf Misshelligkeiten gestoßen, obwohl sie Deutsche und Christen waren und aus dem gleichen Kulturkreis stammten.

Ängste vor Überfremdung herrschten auch gegenüber Gastarbeitern aus Italien, Griechenland oder der Türkei: Die Zugewanderten brachten neues Essen und ungewohnte Bräuche, illustriert Maly an einem kleinen ironischen Beispiel: „Unsere besten Freunde, die Italiener, lehrten uns,

### Impressum

Büro: Prannerstraße 7, 80333 München

Post: Postfach 100254, 80076 München

Telefon: 089 290087-0

E-Mail: [post@bay-staedtetag.de](mailto:post@bay-staedtetag.de)

Website: [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de)

Verantwortlich für den Inhalt:

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Bernd Buckenhofer

Redaktion: Dr. Achim Sing

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier



wie man Spaghetti mit der Gabel aufrollt, statt sie zu schneiden“. Gerade über solche Gewohnheiten aus dem Alltag haben sich über die Jahre beide Seiten einander angenähert und verändert, bilanziert Maly: „Jede Zuwanderung brachte ein Stück interkultureller Neu-Alphabetisierung mit sich. Es waren immer andere Geschichten, aber immer Geschichten von Veränderungen, die die Stadtgesellschaft verunsichert haben.“ Dies war auch im Nürnberg des 19. Jahrhunderts in der Industrialisierung so, als eine seit der Reformation rein protestantische Stadt mit der Aufnahme katholischer Arbeitsmigranten aus der Oberpfalz eine religiöse Durchmischung erlebte. Maly: „Im Jahr 1835 hätte kaum ein Nürnberger den Satz unterschrieben, dass die katholische Kirche zu Nürnberg gehört.“

### **Wanderungen und Häutungen haben Bayern stärker gemacht**

Aus diesen Einzelfacetten aus zwei Jahrhunderten Zuwanderungsgeschichte bilanziert Maly die Erkenntnis, dass Städte trotz aller Herausforderungen Integration können: „Egal, über welche Wanderungsbewegung wir sprechen: Es lagen in der aufnehmenden Gesellschaft nie fertig geflochtene Blütenkränze bereit, um sie den Neuen umzuhängen. Der Prozess des Aneinander-Gewöhnens hat immer alle verändert.“ Dies betrifft laut Maly die aufnehmende Gesellschaft ebenso, wie die neu Hinzugekommenen: „Bayern hat in den letzten 200 Jahren sein Antlitz demografisch und sozialdemografisch verändert. Bayern ist dabei weder in seiner Staatlichkeit noch in seiner Kultur schwächer geworden. Der Freistaat Bayern ist über alle Wanderungs- und Häutungsprozesse hinweg immer stärker geworden.“

Maly regt eine Rückbesinnung auf frühere Erfolgsgeschichten an, verbunden mit der Analyse von früheren Integrationsversäumnissen. Fehler von einst müssen vermieden werden, wie etwa mangelnde Deutschkenntnisse von Gastarbeitern oder fehlender Kindergartenbesuch von Kindern aus Migrantenfamilien. Maly: „Integration ist nie eine Harmonie-Angelegenheit oder ein Nach-

mittags-Spaziergang, sondern verlangt uns allen etwas ab. Wir müssen dabei beide in den Blick nehmen: Die, die kommen und die aufnehmende Gesellschaft. Wir müssen uns ideologiefrei dem Thema nähern.“ Ein fröhlich naives „hoch die internationale Solidarität“ helfe ebenso wenig weiter wie der Versuch, sich am „Begriff der deutschen Leitkultur abzuarbeiten, wenn die sich schon nicht im Gesetz beschreiben lässt und nicht mit konkreten Folgerungen hinterlegen lässt“. Zuwandernde und die aufnehmende Gesellschaft müssen mit kulturellen Missverständnissen leben und müssen sich laut Maly auf Brüche einlassen: „Das Zusammenleben von Tausenden von Menschen auf dem engen Raum unserer Städte ist nie ein Harmonie-Modell. Politik muss solche entstehenden Konflikte vernünftig moderieren.“

Maly: „Eigentlich müsste in Berlin ein Denkmal des unbekanntenen Bürgermeisters errichtet werden“ zur Erinnerung an die Leistungen der Rathäuser und der Ehrenamtlichen im Jahr 2015. Bei der Unterbringung von über einer Million Schutzsuchender lief laut Maly vieles zu lange im Krisenmodus: „Dem ‚wir schaffen das‘ der Kanzlerin stand das ‚auch unsere Möglichkeiten sind nicht unbegrenzt‘ des Bundespräsidenten gegenüber. Und bei uns allen kam es zur nicht immer konfliktfreien Begegnung von Humanität und Realpolitik. Zwischen dem Wollen und dem Können liegt ein Unterschied.“

Maly blickt auf die Bezirksversammlungen des Bayerischen Städtetags in den vergangenen Monaten zurück: „Ich habe zu keiner Zeit Panik erlebt, sondern ein ernstes, konzentriertes und gefasstes Ansprechen der Aufgaben: Das letzte Jahr war eine Sternstunde der kommunalen Selbstverwaltung und des kommunalen Ehrenamts. Bürgermeister sind nicht Fähnchen schwenkend am Münchner Hauptbahnhof gestanden, weil sie wussten: Es wird schwierig. Die Bürgermeister in Bayern gehen heute auch nicht depressiv aus ihren Rathäusern, weil sie schon immer gewusst haben: Es wird schwierig, das wird ein hartes Stück Arbeit.“

Integration ist in der Praxis weniger ein Tätigkeitsfeld von Bund und Land, sondern findet auf kommunaler Ebene in vielen Bereichen statt. Die praktische Arbeit beginnt in Kindergärten, Kitas, Sportvereinen, Kultur; sie reicht von Sprachkursen bis zur Vorbereitung auf die Arbeitswelt. Maly: „Die Würde des Gebrauchtwerdens hängt nicht nur mit der Erwerbsarbeit zusammen“, sondern auch damit, ob Menschen mit allen ihren vielfältigen Talenten in Arbeit, Sport oder Musik einen Platz in der Gesellschaft finden.

Ein illusionsfreier Blick auf die Integration gebietet es laut Maly, „ein wenig bei der Seelenlage der aufnehmenden Zivilgesellschaft zu verweilen, bei Stimmungen und Haltungen eben. Ich persönlich mache mir den Satz, irgendwann nach der Silvesternacht von Köln sei die ‚Stimmung gekippt‘, nicht zu Eigen. Aber die Stimmung hat sich polarisiert in den letzten Monaten.“ Nach Malys Beobachtung ist die Stimmung der Zivilgesellschaft immer schon segmentiert gewesen: Auf der einen Seite die „Träger der Willkommenskultur“ mit Ehrenamtlichen, Freiwilligen und Menschen, die sich durch ihre Kontakte zu Flüchtlingen in ihrer Haltung gestärkt fühlen: „Auf der anderen Seite eine kleine, aber immer lauter hörbare Gruppe, die von Anfang an – viele schon immer – gegen Ausländer, gegen Muslime, gegen jede Zuwanderung waren. Diese Einstellungen gab es immer schon. Ihre Zahl hat sich nicht groß verändert. Bei der Frage nach gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechts-extremer Grundeinstellung lieferte die Vorurteilsforschung seit Jahrzehnten konstante Ergebnisse von 12 bis 15 Prozent der Bevölkerung – aber: sie haben ihre Meinung früher nicht artikuliert. Es sind nicht mehr geworden, aber sie sind deutlich lauter geworden.“

Die Lautstärke dieser Positionen hat sich über Pegida und AfD verstärkt. Damit ist der in Deutschland – im Gegensatz zu europäischen Staaten wie Österreich oder Frankreich – bislang immer noch vorhandene Bann gegen offen rechtspopulistische und rechtsextreme Artikulation im politischen Prozess gebrochen. Somit

wandelt sich laut Maly die Diskussionskultur, etwa in der Frage, ob sich Vertreter von etablierten Parteien mit der AfD in Podiumsrunden an einen Tisch setzen: „Die demokratischen Parteien haben ihren Umgang damit noch nicht gefunden.“ Sie stoßen in Diskussionen auf Schwierigkeiten, weil sie keine einfachen Antworten auf schwere Fragen geben können. Dagegen scheinen die Vertreter extremer Parteien einfache Antworten zu bieten, selbst wenn ihre Tatsachenbehauptungen nachweislich falsch sind. Dies findet laut Maly vor dem Hintergrund einer aufgeheizten Stimmungslage statt: „Die Palette von Gefühlslagen reicht von Unbehagen über Skepsis bis zu Angst. Solche Ängste darf man sich nicht zu eigen machen, aber wir müssen sie ernst nehmen.“ Maly verweist auf eine Aussage des Soziologen Heinz Bude: Wer Angst hat, der verkennt das Wirkliche, vermeidet das Unangenehme und verpasst das Mögliche.

### **Urversprechen der sozialen Marktwirtschaft wieder erfüllen**

Rationale Argumentation mit Zahlen, Daten und Fakten helfen nach Malys Beobachtung in Diskussionen wenig, wenn Angst vor Existenzbedrohung vorherrscht und einfache Antworten eine Lösung von komplizierten Problemen suggerieren: „Der einzige Schutzschirm gegen diese Gefühle heißt: Kindergärten und Schulen für alle bauen, Wohnungen für alle bauen, in den Arbeitsmarkt integrieren, Langzeitarbeitslosigkeit bei allen bekämpfen, soziale Konkurrenzen vermeiden. Wir können Ängste abbauen, wenn wir das Urversprechen der sozialen Marktwirtschaft wieder erfüllen“, dass jeder seinen eigenen Weg durch das Leben gehen kann.

Auf keinen Fall darf laut Maly sich zum Beispiel die alleinerziehende deutsche Mutter benachteiligt sehen, weil sie wegen der Bevorzugung von Zugewanderten keinen Kita-Platz oder keine Wohnung erhält. Die „Nachteilserfahrung von Menschen“ muss vermieden werden. Notwendig sind „Investitionen in die Gerechtigkeitsinfrastruktur“. Integration ist keine alleinige Auf-

gabe der Kommunen; Bund und Länder müssen sich dieser gesellschaftlichen Aufgabe stellen. In der Integration überlappen sich Politikfelder, hier verzahnen sich Städtebau, Bildungspolitik, Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftspolitik. Dies umfasst in der Praxis den Bau von Kindergärten und Horten, den Ausbau von Schulen mit verbesserten Förderquoten, die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement, Sportangeboten, Musikschulen und Kulturangeboten.

Maly verweist auf das umfangreiche Diskussionspapier „Zuwanderung und Integration“ zum BAYERISCHEN STÄDTETAG 2016: „Die Felder der Integration werden im Tagungspapier durchdekliniert.“ Als „Hauptengpass“ skizziert Maly den Bereich Wohnen und Wohnumfeld, wo alle „denkbaren Instrumente“ – von baurechtlichen Erleichterungen bis zur Förderung mit Wohnraumförderung, Wohnungsbauförderprogrammen und Städtebauförderung – eingesetzt werden müssen, um Kräfte für den Wohnungsbau

zu mobilisieren. Es geht dabei um Fördermittel und um fehlenden Baugrund: „Das knappste Gut ist nicht das Geld, sondern der letzte Quadratmeter unversiegelter Boden. Der Boden ist nicht vermehrbar. Sparsamkeit im Umgang mit Boden wird uns noch auf eine harte Probe stellen.“

Malys Fazit nach einer Auflistung der vielen Integrationsfelder: „Das geht alles, das schaffen die Kommunen alles. Das kriegen wir hin, das kostet aber Geld.“ Er verweist auf die Einigung von Bund und Ländern zur kräftigen Erhöhung bei der Erstattung von Integrationskosten: „Die sieben Milliarden, die der Bund an die Länder gibt, müssen an den Stellen, wo die Kommunen die Problemlöser sind, an die Kommunen weiter gegeben werden – wir müssen mit dem Freistaat über Geld sprechen,“ nicht zuletzt bei ungedeckten Kosten für die Erstunterbringung oder bei der Jugendhilfe für unbegleitete Minderjährige.

*Kontakt: [achim.sing@bay-staedtetag.de](mailto:achim.sing@bay-staedtetag.de)*

## BAYERISCHER STÄDTETAG 2016

# Zuwanderung und Integration

Zum Herunterladen im Internet stellt der Bayerische Städtetag bereit:

- Das Diskussionspapier **Zuwanderung und Integration** beschreibt wichtige Handlungsfelder.
- Die Broschüre **Aktuelle Situation der Zuwanderung** klärt den aktuellen Sachstand.
- Die Broschüre **Grundbegriffe des sozialen Wohnungsbaus** gibt einen Einstieg.
- Die **Resolution** wurde vom Vorstand des Bayerischen Städtetags verabschiedet.
- Die **Rede von Dr. Ulrich Maly** vom 14. Juli 2016 steht als Audiodatei zur Verfügung.

Die Broschüren, die Resolution und die Audiodatei können herunter geladen werden unter:

[www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de), Jahrestagungen, Jahrestagung 2016.

<http://www.bay-staedtetag.de/index.php?id=12763,149>

Entwicklungsminister Müller beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2016

## Fluchtursachen bekämpfen und fairen Handel unterstützen

**Dr. Gerd Müller (CSU), der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, mahnt beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2016 in Memmingen, die Fluchtursachen in den Heimatländern zu bekämpfen und dort mehr Unterstützung zu leisten, insbesondere durch kommunale Partnerschaften und fairen Handel.**

Müller bezeichnete Integration als größte Herausforderung der Zeit und darüber hinaus als „Generationenaufgabe“, die die Kommunalpolitiker nicht nur momentan, sondern über ihre gesamte Amtszeit hinweg beschäftigen werde. Als Kernsatz formulierte Müller, dass die Aufnahme von Flüchtlingen eine gesamtstaatliche Aufgabe darstelle.

Am effektivsten, humansten und günstigsten für alle könne das Problem der Flucht allerdings vor Ort in den Heimatländern gelöst werden. Dort wollen die Menschen eigentlich bleiben, wo sie die Sprache sprechen und ihre Familien leben. Und sie wollen in ihre Heimat zurückkehren, wenn der Krieg vorbei ist. Am Beispiel von Dohuk im Irak verdeutlichte Müller, dass ein Dollar, der dort für Hilfe eingesetzt werde, die dreißigfache Wirkung wie ein in München eingesetzter Dollar entfalte.

90 Prozent der Flüchtlinge leben laut Bundesminister Müller weltweit nach wie vor in ihren Heimatländern oder grenznahen Bereichen. Mit zehn Milliarden Euro könnte etwa die gesamte Nah-Ost-Krisenregion stabilisiert und acht Millionen Menschen eine Bleibeperspektive geboten werden.

Müllers Fazit: „Wir müssen dort hingehen und dort mehr tun.“ Die Kommunen bezeichnete Müller aufgrund ihrer herausragenden Leistungen und Erfahrungen beim Aufbau funktionierender Infrastrukturen als die idealen Projektpartner und Problemlöser.

Bundesminister Müller appellierte, dass noch mehr Kommunen sich für Partnerschaften zur Verfügung stellen und beim Aufbau von kommunalen Infrastrukturen Hilfestellungen leisten, vor allem bei Wasser, Abwasser oder Müllbeseitigung. Derzeit gibt es laut Müller 500 Partnerschaften, 1000 wären nötig. Der Bund leiste hierfür Unterstützung durch Förderprogramme und bei Anbahnung von Kontakten.

Deutschland müsse den Wandel von unten für eine faire Globalisierung gestalten und neu teilen lernen. Angesichts eines kommunalen Beschaffungsvolumens von bundesweit jährlich rund 300 Milliarden Euro sollten alle Kommunen die faire Beschaffung zum Thema in ihrem Stadtrat machen. Nur über fairen Handel mit sozialen und ökologischen Standards könnten sklavenähnliche Verhältnisse am Anfang der Produktionskette und damit langfristig auch Fluchtursachen vermieden und verhindert werden.

Entwicklungsminister Müller mahnte, dass sich bei einer rasant wachsenden Weltbevölkerung in Zukunft noch weit mehr Menschen auf die Flucht nach Europa begeben werden, wenn den Menschen in ihrer Heimat keine Chancen eröffnet werden.

*Kontakt: [manfred.riederle@bay-staedtetag.de](mailto:manfred.riederle@bay-staedtetag.de)*



## Podiumsdiskussion beim BAYERISCHEN STÄDTETAG 2016

**Wohnen, Bildung und Arbeit als zentrale Integrationsfelder**

Im Rahmen der Vollversammlung am 14. Juli 2016 in Memmingen diskutierten sechs Expertinnen und Experten darüber, was zum Gelingen von Integration in den Städten und Gemeinden beiträgt. Unter Moderation von Stephanie Heinzler (Bayerischer Rundfunk, Leitung Tagessgespräch) wurden die Bereiche Wohnen, Bildung und Arbeiten in den Fokus genommen.

Gerade in Bayern ist ausreichend bezahlbarer Wohnraum für Zugewanderte und Einheimische gleichermaßen ein knappes Gut. Innenminister Joachim Hermann ging zunächst auf den Wohnungspakt Bayern ein und machte deutlich, in welchem hohem Maß auch für die Staatsregierung der Wohnungsbau in Bayern eines der zentralen Themen ist. Dagegen verwiesen die kommunalen Vertreter auf die Probleme in der Praxis, weil vielfach kaum freie Flächen zur Bebauung vorhanden sind.

Neben der oft einzigen Möglichkeit der (Nach-) Verdichtung hegt Erste Bürgermeisterin Dr. Sigrid Mayerhofer (Markt Garmisch-Partenkirchen) die Hoffnung, Konversionsflächen von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben erlangen zu können. Erster Bürgermeister Dr. Mario Paul (Stadt Lohr am Main) erläuterte, welche positiven Erfahrungen in seiner Kommune mit aktivem Leerstandsmanagement gesammelt wurden.

Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer (Große Kreisstadt Dinkelsbühl) verwies auf die gestiegenen Anforderungen bei den Bau- und Energiestandards. Er betonte die Notwendigkeit, bei der Errichtung neuer Wohnräume auf ausreichende Durchmischung zu setzen. Flankierende präventive städtebauliche Elemente wären nach seiner Erfahrung aus der Praxis sinnvoll und wünschenswert.

Professor Dr. Haci-Halil Uslucan vom Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung an der Universität Duisburg-Essen betonte, welche

hohe Bedeutung der Integration im alltäglichen informellen Miteinander des Wohnumfelds zukommt.

Professor Dr. Petra Bendel vom Zentralinstitut für Regionenforschung an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg ermittelte in dem Projekt „Was Flüchtlinge brauchen“, dass Schutzsuchende beengte Wohnsituationen auf Zeit hinnehmen. Besonders wichtig sei den befragten Teilnehmern der Studie ein verfügbarer Internetzugang zur Bewältigung der Sprachbarriere gewesen. Und: Die Schutzsuchenden wollen ihre Dankbarkeit gegenüber dem Aufnahmeland zum Ausdruck bringen.

Einigkeit bestand bei den Podiumsteilnehmern darin, wie wichtig eine frühzeitige Bildungsintegration ist. Allerdings stellt die Beschulung von zum Teil traumatisierten Kindern und Jugendlichen, die völlig unterschiedliche Voraussetzungen mitbringen, vielfach eine Herausforderung für Schulen und Lehrerkollegien dar.

Für Städte und Gemeinden ist es wichtig, möglichst verlässliche Planungsperspektiven mit Blick auf Platzkapazitäten in Kindertageseinrichtungen und Schulen zu erlangen. Vor Ort finden zahlreiche Projekte unter Beteiligung von Schulen, Betrieben, weiteren Partnern und mit Unterstützung von Gemeinden statt, um niedrigschwellige Kontakte herzustellen und eine Vermittlung in Ausbildung und Arbeit zu erleichtern.

Die Kommunen vernetzen die wichtigsten Akteure und engagieren sich für eine gelingende Integration. Bereits bei der Umsteuerung des Unterbringungskonzeptes sollten Integrationsaspekte, wie etwa örtliche Helferkreise, nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

*Kontakt: [inka.papperger@bay-staedtetag.de](mailto:inka.papperger@bay-staedtetag.de)*

## Kommunaler Finanzausgleich 2017

**Das Gesamtvolumen des Finanzausgleichs steigt**

**Anfang Juli fanden die Verhandlungen der kommunalen Spitzenverbände mit Finanzminister Söder über den kommunalen Finanzausgleich 2017 statt. Das Ergebnis ist ein Kompromiss, in dem sich alle Beteiligten wiederfinden. Offen bleibt die finanzielle Entlastung der bayerischen Kommunen für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen.**

Das Gesamtvolumen des kommunalen Finanzausgleichs steigt gegenüber dem Vorjahr um 260,3 Mio. Euro auf 8,8 Mrd. Euro (+ 1,9 Prozent). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus den gestiegenen Gemeinschaftssteuern (Einkommen-, Körperschaft-, Umsatzsteuer), woraus sich ein Aufwuchs von 142,5 Mio. auf 4,21 Mrd. Euro im allgemeinen Steuerverbund (+ 3,5 Prozent) ergibt. Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund bleibt bei 12,75 Prozent. Bei den anderen dynamischen Verbänden gab es Zuwächse um 40 Mio. Euro auf 673,9 Mio. Euro (Grunderwerbsteuerverbund) sowie um 23,2 Mio. auf 588,4 Mio. Euro (Einkommensteuerersatz).

Die Schlüsselzuweisungen sind die bedeutendste Leistung im kommunalen Finanzausgleich. Sie steigen 2017 um 63,6 Mio. auf 3,29 Mrd. Euro (+ 2,0 Prozent) und fließen zu 64 Prozent an die Städte und Gemeinden (= 2,11 Mrd. Euro) und zu 36 Prozent an die Landkreise (1,18 Mrd. Euro).

Ein Schwerpunkt der diesjährigen Verhandlungen wurde auf die Stärkung der Fördermittel für den kommunalen Hochbau (insbesondere Schulen und Kindergärten) gelegt, weil die bayerischen Kommunen einen unverändert hohen Investitionsbedarf im Bereich der Schulen und Kindertagesstätten haben und viele Kommunen vor mehrjährigen Investitions- oder Sanierungsprogrammen stehen. Die Mittel werden 2017 um 70,2 Mio. Euro auf eine halbe Milliarde Euro angehoben (+ 16,3 Prozent). Damit wird der Orientierungswert für den Fördersatz bei Kommunen mit durchschnittlicher Finanzlage bei der Förderung von Schulen und Kindertagesein-

richtungen um 10 Prozentpunkte angehoben und beträgt künftig 50 Prozent.

Die einwohnerbezogenen Finanzausweisungen (Kopfbeträge) für Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches bzw. Staatsaufgaben steigen um 34 Mio. auf 462 Mio. Euro (+ 7,9 Prozent). Damit steigen die „Kopfbeträge“ ab 2017 für kreisfreie Gemeinden um 2,30 Euro auf 35,70 Euro je Einwohner und für Landkreise und kreisangehörige Gemeinden um jeweils 1,15 Euro auf 17,85 Euro je Einwohner.

Bei den Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen für Kommunen mit strukturellen und demografiebedingten Härten stehen auch im nächsten Jahr 150 Mio. Euro zur Verfügung. Der Städtetag fordert hier weiterhin ein stärkeres Engagement vom Freistaat, weil die Finanzierung überwiegend zu Lasten der Schlüsselzuweisungen geht.

Neben den Finanzausgleichsleistungen haben die kommunalen Spitzenverbände erneut gefordert, dass der Freistaat die Verhandlungen mit den Spitzenverbänden über einen Ausgleich der finanziellen Belastungen der Kommunen im Zusammenhang mit der Betreuung, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern aufnimmt. Es wurde vereinbart, dass hierüber zu gegebener Zeit Gespräche stattfinden sollen. Nach der jüngsten Einigung zwischen Bund und den Ländern über weitere Bundesmittel zur Finanzierung der Integrationskosten in Höhe von insgesamt 7 Milliarden Euro ist jetzt die Zeit für Verhandlungen. Der Freistaat muss die Kommunen an den Bundesmitteln in angemessenem Umfang partizipieren lassen. Die Kommunen leisten einen elementaren Beitrag, um die gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Herausforderung der Zuwanderung und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu meistern.

*Kontakt: [johann.kronauer@bay-staedtetag.de](mailto:johann.kronauer@bay-staedtetag.de)*

Veranstaltungen zur Novelle des Kommunalabgabengesetzes

## Es besteht kein Handlungsdruck für Städte und Gemeinden

**Im Zeitraum vom 21. Juni 2016 bis zum 6. Juli 2016 fanden in allen sieben Regierungsbezirken Informationsveranstaltungen zu den am 1. April 2016 neu in Kraft getretenen Änderungen im Kommunalabgabengesetz (KAG) statt. Das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, der Bayerische Städtetag und der Bayerische Gemeindetag informierten über 3000 BürgermeisterInnen, KämmerInnen und SachbearbeiterInnen zu den Neuerungen im Kommunalabgabengesetz, zum neuen System wiederkehrender Beiträge und zu der Fülle an Möglichkeiten, die das neue Gesetz bereit hält, um im Einzelfall hohe Einmalbeiträge zu stunden, zu verrenten oder zu erlassen.**

Die Veranstalter sind sich darin einig, dass für Städte und Gemeinden mit einer gültigen Abgabensatzung kein Handlungsbedarf besteht. Die Grundstruktur des Erschließungs- und des Straßenausbaubeitragswesens wurde von der Novelle nicht angetastet. Im Gegenteil: Alle Fraktionen im Landtag haben sich klar in jeweils eigenen Gesetzentwürfen zum Beitragssystem bekannt:

Straßenausbaubeiträge sind zur Aufrechterhaltung eines funktionierenden und sicheren Straßennetzes erforderlich und unverzichtbar. Sie erscheinen gerechtfertigt, weil sie Grundstückseigentümer heranziehen, die durch eine Leistung der Gemeinde zum Ausbau einer Straße einen Vorteil erlangen. Denn erst die Erschließung und kontinuierliche Erneuerungen und Verbesserungen der Anliegerstraßen machen Grundeigentum nutzbar. Und das Beitragswesen trägt sozialen Belangen Rechnung, weil es Instrumente bereit hält, um unbillige Härten im Einzelfall zu vermeiden.

Der Bayerische Städtetag hat wiederholt darauf hingewiesen, dass durch die KAG-Novelle und die Einführung wiederkehrender Beiträge überhaupt keine Notwendigkeit besteht, ein be-

stehendes Beitragssystem zu wechseln und wiederkehrende Beiträge einzuführen.

In einem Thesenpapier hat der Bayerische Städtetag die Argumente, die gegen einen Systemwechsel sprechen, zusammengetragen. Für Städte und Gemeinden, die bislang auf eine Beitragssatzung infolge einer (zu) weiten Auslegung der Soll-Bestimmung im Kommunalabgabengesetz verzichtet haben, sollte das neue Instrumentarium als Option mitbedacht werden.

Jedoch muss auch in diesen Städten und Gemeinden sorgfältig abgewogen werden, ob das wiederkehrende Beitragssystem mit den Verhältnissen vor Ort, der Gemeindegröße, der Gemeindestruktur oder der Topografie, zu vereinbaren ist. Regelmäßig wird auch hier die Einmalbeitragshebung erste Wahl sein.

Beiträge, egal ob einmalig oder wiederkehrend erhoben, stellen für Grundstückseigentümer eine Belastung dar. Deren Ängste und Sorgen werden von Städten und Gemeinden ernst genommen. Ängste können genommen und Sorgen reduziert werden, indem die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig über die Vorhaben der Gemeinde informiert werden.

Zwar ist die Missachtung der neu eingeführten Obliegenheit einer frühzeitigen Bürgerinformation rechtlich folgenlos. Für die Akzeptanz des Beitragswesens bei den Bürgerinnen und Bürgern ist die frühzeitige Miteinbeziehung aber unverzichtbar. Frühzeitige Bürgerinformationen können auch dazu genutzt werden, Bürgerinnen und Bürger auf Möglichkeiten der Stundung oder der Verrentung, auch abseits unbilliger Härten, hinzuweisen. Auch dadurch wird sich der Druck aktuell betroffener Grundstückseigentümer reduzieren, auf ein nur scheinbar gerechteres System zu wechseln.

*Kontakt: [florian.gleich@bay-staedtetag.de](mailto:florian.gleich@bay-staedtetag.de)*



## Gartenschau 2022

Nachdem die Stadt Traunstein wegen eines Bürgerentscheides von der Durchführung der Landesgartenschau zurücktreten musste, können sich bayerische Städte und Gemeinden bewerben, die 2022 eine Gartenschau ausrichten wollen: Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, sowie das Bayerische Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten haben in Absprache mit der Gesellschaft zur Förderung der bayerischen Landesgartenschauen beschlossen, die Gartenschau 2022 neu auszuschreiben. Städte können sich für eine Landesgartenschau oder eine kleinere Regionalgartenschau „Natur in der Stadt“ bewerben. Bewerbungsschluss: 15. Januar 2017.

Informationen: [www.landesgartenschau.de](http://www.landesgartenschau.de).

## Alling neues Mitglied

Die Gemeinde Alling ist neues Mitglied im Bayerischen Städtetag. Die Gemeinde Alling (Landkreis Fürstenfeldbruck) mit ca. 3.800 Einwohnern hat zum 1. Juli 2016 ihre Schnuppermitgliedschaft in eine Vollmitgliedschaft umgewandelt. Als Bürgermeister amtiert seit 2002 Frederik Röder (CSU). Damit gehören dem Bayerischen Städtetag insgesamt 274 Vollmitglieder an.

Weitere Informationen im Internet: [www.alling.de](http://www.alling.de)

## Persönliche Nachrichten

### Geburtstage

Verstorben ist

Altbürgermeister **Bruno Danzer**, Karlsfeld

Im Juli 2016 feiern

den 70. Geburtstag:

Bürgermeisterin **Inge Schnabl**, Waldkraiburg,  
Bürgermeister **Martin Wagner**, Vaterstetten,

den 65. Geburtstag:

Bürgermeister **Gottfried Hänsel**, Wemding, Bürgermeister **Josef Ölberger**, Senden, Bürgermeisterin **Christa Strohmeier-Heller**, Cham, Bürgermeister **Werner Wittmann**, Gundelfingen a. d. Donau,

den 60. Geburtstag:

Bürgermeister **Ernst-Peter Keller**, Weißenhorn, Bürgermeister **Max Petzold**, Münchberg, Erster Bürgermeister **Dr. Helmut Steininger**, Landau a. d. Isar,

den 50. Geburtstag:

Erster Bürgermeister **Alfons Brandl**, Herrieden, Bezirksvorsitzender des Bayerischen Städtetags im Regierungsbezirk Mittelfranken, Bürgermeisterin **Sabine Rießner**, Lichtenfels, Stadtrat **Rainer Schaal**, Augsburg, Mitglied im Umweltausschuss des Bayerischen Städtetags.

## Bürgermeister Triathlon

21 Bürgermeister und zwei Bürgermeisterinnen haben sich im Juli 2016 bei 500 Meter Schwimmen, 20 Kilometer Fahrrad fahren und 5 Kilometer Laufen beim Bürgermeister Triathlon in Dinkelsbühl gemessen – unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Innenministeriums, des Bayerischen Städtetags und des Bayerischen Gemeindetags. Dinkelsbühls Oberbürgermeister und Teilnehmer Dr. Christoph Hammer: „Ein toller sportlicher Verbund aus Marathonläufern, erfahrenen Triathleten oder Sportwilligen, von 33 bis 75 Jahren, aus allen politischen Parteien und aus allen bayerischen Regierungsbezirken.“ Von den 23 Teilnehmern haben 19 bereits beim letztjährigen Triathlon der Bürgermeister mitgemacht. Sieger 2016 ist Andreas Hügerich, erster Bürgermeister aus Lichtenfels, zweiter ist Lothar Müller aus Plößberg, dritter Marcus Grimm aus Waldaschaff. Gastgeber Hammer erreichte den vierten Platz. Erste Bürgermeisterin Sigrid Reinfelder aus Breitengüßbach war die schnellste Bürgermeisterin vor Karin Schmalholz aus Apfeltrach. Weitere Infos und Ergebnisse: [www.citytriathlon-dinkelsbuehl.de](http://www.citytriathlon-dinkelsbuehl.de); [http://www.citytriathlon-vrbankdinkelsbuehl.de/ergebnisse.html#3\\_1FEFBD](http://www.citytriathlon-vrbankdinkelsbuehl.de/ergebnisse.html#3_1FEFBD)

## E-Government-Modellkommunen

Am 22.09.2016 lädt das Bundesinnenministerium mit der Hochschule Harz zu einer Abschlussveranstaltung des Pilotvorhabens „Modellkommune E-Government“ in das Bundespresseamt in Berlin ein. Ziel des Modellvorhabens ist, das Potenzial des E-Government-Gesetzes auf kommunaler Ebene aufzuzeigen. Dabei werden die Ergebnisse des Projekts - eine praktische Handlungsanleitung für Kommunen und der Erfahrungsbericht der Modellkommunen - vorgestellt. Weitere Informationen unter: [www.bmi.bund.de/DE/Themen/IT-Netzpolitik/E-Government/modellkommune\\_node.html](http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/IT-Netzpolitik/E-Government/modellkommune_node.html)

## Gunzenhausener IuK-Tage

Am 21./22. September 2016 veranstaltet die Bayerische Akademie für Verwaltungsmanagement mit den kommunalen Spitzenverbänden in Bayern die 19. Gunzenhausener IuK-Tage. Im Mittelpunkt der Tagung stehen Vorträge zur Informationssicherheit. Neben Handlungsempfehlungen für Informationssicherheitskonzepte werden der neue IT-Grundschutz vorgestellt und Empfehlungen für den Umgang mit Schadsoftware gegeben. Ein zweiter Bereich befasst sich mit neuen rechtlichen Entwicklungen im IT-Umfeld. Die Änderung des Telemediengesetzes (Abschaffung der Störerhaftung für WLANs), die künftige elektronische Kommunikation mit den Gerichten und Regelungen zur IT-Dienstanweisung werden vorgestellt. Der Tagungsflyer kann von der Internetseite der Akademie, Bereich Tagungen, heruntergeladen werden. Anmeldungen sind direkt an die Akademie zu richten: [www.verwaltungs-mangement.de](http://www.verwaltungs-mangement.de)

## Bodenschutztage

Vom 12. bis 14. Oktober 2016 finden die 9. Marktredwitzer Bodenschutztage unter dem Motto „Bodenschutz beim Planen und Bauen“ statt. Die Bodenschutztage wollen insbesondere Themen des umweltgerechten Planens und Bauens beleuchten. Dabei sollen Beispiele für die Bewertung von Bodenfunktionen, für die Aufstellung von Bodenmanagementplänen und für die Durchführung einer effektiven Bodenkundlichen Baubegleitung vorgestellt und diskutiert werden. Die Vermeidung von Bodenbeeinträchtigungen und von Überschussmassen sowie die fachgerechte Verwertung von Bodenmaterial sind dabei die Hauptthemen. Ein grenzüberschreitender Austausch von Erfahrungen und Positionen ist wegen des traditionell internationalen Publikums möglich. Internet: [www.marktredwitz.de](http://www.marktredwitz.de) E-Mail: [bodenschutztage@marktredwitz.de](mailto:bodenschutztage@marktredwitz.de)

## Termine

- 03.08.2016 **Pressekonferenz** in München
- 18./19.08.2016 **Arbeitsgemeinschaft der EU-Koordinatoren** in Furth im Wald
- 27.09.2016 **Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in München
- 28.09.2016 Erfahrungsaustausch der **Geschäfts- und Hauptamtsleiter Großer Kreisstädte** in München
- 29.09.2016 Arbeitskreis **Planen und Bauen** in München
- 05.10.2016 **Bezirksversammlung Niederbayern** in Landshut
- 06.10.2016 **Bau- und Planungsausschuss** in München
- 07.10.2016 Arbeitskreis **Personal** in Coburg
- 10.10.2016 **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss** in München
- 12.10.2016 Arbeitskreis **Gutachterausschüsse** in Würzburg
- 12.10.2016 **Sozialausschuss** in Nürnberg
- 18./19.10.2016 **Forstausschuss** in Landsberg am Lech
- 18.10.2016 **Verwaltungs- und Rechtsausschuss** in München
- 19.10.2016 **Bezirksversammlung Oberfranken** in Arzberg
- 20.10.2016 Arbeitskreis **Finanzen** in München
- 20./21.10.2016 **Sportausschuss** in Ingolstadt
- 21.10.2016 **Bezirksversammlung Mittelfranken** in Zirndorf
- 21.10.2016 **Finanzausschuss** in München
- 21.10.2016 **Schulausschuss** in München
- 21.10.2016 Arbeitskreis **Organisation** in Regensburg
- 25.10.2016 **Bezirksversammlung Schwaben** in Memmingen
- 27.10.2016 **Bezirksversammlung Oberpfalz** in Amberg

27.10.2016	<b>Umweltausschuss</b> in München
08.11.2016	<b>Vorstand</b> in München
10.11.2016	<b>Pressekonferenz</b> in München
10.11.2016	<b>Kämmerertagung Mittelfranken</b> in Ansbach
11.11.2016	<b>Personal- und Organisationsausschuss</b> in München
15.11.2016	<b>Bezirksversammlung Oberbayern</b> in Dorfen
15.11.2016	<b>Kämmerertagung Schwaben</b> in Weißenhorn
16.11.2016	<b>Kulturausschuss</b> in Bamberg
17.11.2016	<b>Kämmerertagung Oberbayern</b> in Grafing
22.11.2016	<b>Kämmerertagung Niederbayern/Oberpfalz</b> in Landshut
24.11.2016	<b>Kämmerertagung Oberfranken</b> in Bamberg
02.12.2016	<b>Kämmerertagung Unterfranken</b> in Würzburg
08.12.2016	<b>Bezirksversammlung Unterfranken</b> in Haßfurt

*abgeschlossen am 18. Juli*

### Informationsbrief elektronisch

Sie können den Informationsbrief auch als pdf elektronisch im Internet beziehen: Unter [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de) gehen Sie rechts auf der Startseite auf das blau unterlegte Feld „Elektronischer Abodienst“ und klicken „Informationsbrief und PR-Mitteilungen“ an, um sich anzumelden.

### Informationsbrief als App

Den Informationsbrief des Bayerischen Städtetags gibt es auch als App für Mobilgeräte. Die App steht zum kostenlosen Download im Apple Appstore und im Google Playstore zur Verfügung:  
[https://appsto.re/de/n6E\\_6.i](https://appsto.re/de/n6E_6.i)  
<https://play.google.com/store/apps/details?id=de.silkcodeapps.infobrief>